

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 15. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 20.07.2011 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Bürgermeister Horst Thiele

Ratsmitglied

Frau Marion Buschmann	CDU
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Herr Martin Schulte	CDU ab TOP 4.1
Herr Jürgen Spelter	CDU
Frau Angelika Urban	CDU
Frau Birgit Alkenings	SPD
Frau Anabela Barata	SPD
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Reinhold Daniels	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Rolf Mayr	SPD
Herr Hans-Werner Schneller	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD
Herr Kurt Wellmann	SPD
Herr Rudolf Joseph	FDP ab TOP 3.2
Herr Thomas Remih	FDP
Frau Martina Reuter	FDP
Frau Heidi Weiner	FDP
Frau Dr. Christina Krasemann-Sharma	BA/CDf
Herr Ludger Reffgen	BA/CDf
Herr Udo Weinrich	BA/CDf
Herr Alfred Will	BA/CDf
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne
Herr Hartmut Toska	Grüne
Frau Susanne Vogel	Grüne
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	dUH
Herr Werner Horzella	dUH
Frau Marlene Kochmann	dUH
Herr Günter Pohlmann	dUH
Herr Friedhelm Burchartz	Freie Liberale
Herr Dr. Heimo Haupt	Freie Liberale
Herr Lothar Kaltenborn	fraktionslos

Frau Birgit Behner
Herr Walter Corbat
Frau Sabine Kittel
Herr Dr. Peter Schnatenberg

BA/CDf
BA/CDf
BA/CDf
BA/CDf

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Frau Monika Ortmanns
Herr Michael Witek
Herr Ulrich Hanke
Herr Lutz Wachsmann
Herr Roland Becker
Herr Tobias Schlusche

Gleichstellungsbeauftragte

bis TOP 5.4

Ratsmitglied

Herr Hans-Georg Bader
Frau Ellen Reitz

SPD
Grüne

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Anregungen und Beschwerden
 - 3.1 Antrag auf Erstellung einer Innenbereichssatzung nach § 34 BauGB für die Bebauung an der westlichen Reisholzstraße WP 09-14 SV 61/059
 - 3.2 Antrag auf Wiederaufnahme des Bebauungsplanverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 236A für den Bereich des Weiterbildungszentrums "Altes Helmholtz", Gerresheimer Str. 22 und 24 sowie Augustastraße 14 bis 24 WP 09-14 SV 61/104
 - 3.3 Anregung nach § 24 GO NRW: Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 238 für den Bereich Druckerweg / Spinnerweg WP 09-14 SV 61/095
 - 3.4 Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW: Erlass einer Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB für die Straße WP 09-14 SV 61/037

	An den Linden	
3.5	Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW: Erlass einer Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB für die Straße Kirschenweg	WP 09-14 SV 61/036
3.6	Antrag nach § 24 Gemeindeordnung NRW; Aufstellung einer Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB für die Straße Kölner Straße/ Ohligser Weg u.a.	WP 09-14 SV 61/064
4	Haushalts- und Gebührenangelegenheiten	
4.1	Antrag der BA/CDf - Unverzögliche Rückzahlung/Verrechnung zuviel berechneter Netzentgelte durch die Stadtwerke Hilden GmbH	WP 09-14 SV 20/049
4.2	Änderung der Gebührensatzung für die Musikschule - Strukturelle Angleichung der Musikschulgebühren -	WP 09-14 SV 41/071
5	Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses	
5.1	Antrag der BA/CDf - Dichtheitsprüfungen nach § 61a LWG NRW	WP 09-14 SV 66/070
5.2	Lärmaktionsplan in Hilden: Abhandlung der Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf	WP 09-14 SV 61/096
5.3	33. Änderung des Flächennutzungsplans für die Grundstücke Walder Str. 99 - 113 und Mühlenbachweg 12: Kenntnisnahme der Genehmigung durch die Bezirksregierung	WP 09-14 SV 61/097
5.4	Winterdienst	WP 09-14 SV 68/026
5.5	Städtebaulicher Wettbewerb "Albert-Schweitzer-Schule": Beschluss über die Rahmenbedingungen	WP 09-14 SV 61/091
5.6	Bebauungsplan Nr. 106B für einen Bereich Herderstraße / Stockshausstraße / Gerresheimer Straße und der Straße "Auf dem Sand": Abhandlung der Anregungen aus der Offenlage Beschluss der erneuten Offenlage	WP 09-14 SV 61/100
6	Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses und des Ausschus- ses für Schule und Sport	
6.1	Verpflegungsgelder - Zuschuss Mittagstisch - Richtlinienaufhebung	WP 09-14 SV 51/120
6.2	Kindergartenplanung der Kath. Kirche, hier: Vertrag zur Sonderfi- nanzierung der Kath. Kindertageseinrichtung "St. Elisabeth"	WP 09-14 SV 51/122
6.3	Schulentwicklungsplanung - Errichtung eines Grundschulverbun- des zwischen der GGS Schulstraße und der GGS Walter- Wiederhold-Schule - Festlegung der Zügigkeit	WP 09-14 SV 51/124
6.4	Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für den Bereich	WP 09-14 SV 51/131

	Grundschule - Standort Beethovenstraße	
6.5	Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich Grundschule -Festlegung der Zügigkeiten-	WP 09-14 SV 51/084
7	Sonstige Angelegenheiten	
7.1	Gesetz der Bundesregierung zur Neugestaltung der arbeitsmarkt-politischen Instrumente - Resolution des Rates der Stadt Hilden -	WP 09-14 SV 50/042
7.2	Public Viewing bei der Fußball-Europameisterschaft 2012; hier: Antrag der Fraktion dUH	WP 09-14 SV I/006
8	Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen	
9	Entgegennahme von Anfragen und Anträgen	
9.1	Ladezeiten am Alten Markt - Lieferverkehr als Stimmungskiller	
9.2	Öffentliche Toilette am Nordmarkt	
9.3	Marktplatz (alter Markt) nach dem letzten Schützenfest	
9.4	Ellen- Wiederhold-Platz	
9.5	Außengastronomie Mittelstraße	
9.6	Wochenmarkt auf dem Nove-Mesto-Platz	
9.7	Hoffeldstraße 3-5 (Kfz-Werkstatt)	
9.8	Radfahren und Autofahren auf dem Friedhof	
9.9	Kostenreduzierung bei Kultur (Flyer und Porto)	
9.10	Kiefernweg	
9.11	Ratsinformationssystem	
9.12	Kindergarten Kolpingstraße	
9.13	Ampelanlage Walder Straße	
9.14	Diensthandy und andere geldwerte Vorteile für Ratsmitglie-der/stellvertretende Bürgermeister	
9.15	Werbeschilder Marktpassage	
10	Vereidigung der Beigeordneten Frau Hoff, Dezernat IV	WP 09-14 SV 10/041

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Thiele, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen vollständig zugegangen seien. Bezüglich der ordnungsgemäßen Ladung bat er die Fraktionsvorsitzenden im Anschluss an die Sitzung um die Verabredung eines Termins für eine Sitzung des Ältestenrates, da es juristische Probleme mit der derzeitigen Regelung und Handhabung gebe.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Für die Einwohnerfragestunde lagen keine Meldungen vor.

1 Befangenheitserklärungen

Rm. Remih/FDP erklärte seine Befangenheit zu den Tagesordnungspunkten 3.4, 3.5 und 3.6. Die Ratsmitglieder Claudia und Rainer Schlottmann (CDU) erklärten ihre Befangenheit zum Tagesordnungspunkt 6.2.

2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline gab es keine Mitteilungen.

3 Anregungen und Beschwerden

Beschlussvorschlag:

Der Rat bestätigt nachfolgenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bürgerantrag vom 03.05.2010 der Anwohner der Reisholzstraße 31 bis 65 auf Erlass einer Innenbereichssatzung abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Rm. Alkenings reichte für die SPD-Fraktion folgenden Änderungsantrag ein:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 236A und damit die Wiederaufnahme des Verfahrens, wie in der Sitzungsvorlage WP 09-14 SV 61/070 vorgeschlagen.

Begründung:

Die Bebauung sollte nicht nur für die privaten Antragsteller, sondern auch für das städtische Grundstück möglich sein. Damit wird lediglich optional die Möglichkeit einer Bebauung auf dem städtischen Grundstück geschaffen.

Auch aus den Wortbeiträgen der Fraktionen wurde deutlich, dass den Antragstellern zwar eine Bebauung ermöglicht werden sollte, eine Erschließung über städtisches Gelände aber mehrheitlich abgelehnt werde. Den Antragstellern wurde daher empfohlen, ihren Antrag heute zurückzuziehen und zunächst eine Erschließungsmöglichkeit über die Augustastraße zu prüfen und gegebenenfalls dann einen neuen Antrag einzureichen.

Hieraufhin zogen die anwesenden Antragsteller in einer Sitzungsunterbrechung ihren Antrag zurück.

Beschlussvorschlag:

Der Rat bestätigt nachfolgenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses:

Der Stadtentwicklungsausschuss lehnt den Antrag, den Bebauungsplan Nr. 238 für den Bereich Druckerweg/ Spinnerweg aufzuheben, ab.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 3.4 Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW: WP 09-14 SV 61/037
Erlass einer Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB für die Straße
An den Linden
-

Im Hinblick auf die im Oktober anstehende Entscheidung des Rates über den Einspruch der BA/CDf-Fraktion gegen den Beschluss zur Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Antrag des Bauvereins) wurde die Beschlussfassung über diesen Bürgerantrag bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD, FDP Grüne und Bürgermeister Thiele einstimmig in die Sitzung des Rates am 19. Oktober vertagt.

- 3.5 Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW: WP 09-14 SV 61/036
Erlass einer Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB für die Straße
Kirschenweg
-

Im Hinblick auf die im Oktober anstehende Entscheidung des Rates über den Einspruch der BA/CDf-Fraktion gegen den Beschluss zur Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Antrag des Bauvereins) wurde die Beschlussfassung über diesen Bürgerantrag bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD, FDP Grüne und Bürgermeister Thiele einstimmig in die Sitzung des Rates am 19. Oktober vertagt.

- 3.6 Antrag nach § 24 Gemeindeordnung NRW; WP 09-14 SV 61/064
Aufstellung einer Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB für die
Straße Kölner Straße/ Ohligser Weg u.a.
-

Im Hinblick auf die im Oktober anstehende Entscheidung des Rates über den Einspruch der BA/CDf-Fraktion gegen den Beschluss zur Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Antrag des Bauvereins) wurde die Beschlussfassung über diesen Bürgerantrag bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD, FDP Grüne und Bürgermeister Thiele einstimmig in die Sitzung des Rates am 19. Oktober vertagt.

- 4.1 Antrag der BA/CDf - Unverzügliche Rückzahlung/Verrechnung zuviel berechneter Netzentgelte durch die Stadtwerke Hilden GmbH WP 09-14 SV 20/049
-

Rm. Weinrich/BA/(CDf erklärte, Ziffer 1 des Antrages seiner Fraktion habe sich nach den Presseveröffentlichungen zwischenzeitlich erledigt. Im Sinne einer besseren Transparenz halte er es aber für angebracht, wenn auf den Rechnungen ausgewiesen würde, wie hoch der jeweilige verrechnete Betrag ist.

Nach kurzer kontroverser Diskussion ließ Bürgermeister Thiele nur noch über die Ziffern 2 und 3 des Antrages abstimmen.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

„Die Vertreter der Stadt sowie des Rates im Hauptausschuss und im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hilden GmbH werden gem. § 113 Abs. 1 GO angewiesen, in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses bzw. des Aufsichtsrats zu beschließen, dass

1. ~~die Rückzahlungen für die den Stromkunden rechtswidrig überhöht in Rechnung gestellten Netzentgelte (2005-2007) „in Millionenhöhe“ (Stadtwerke-Geschäftsführer Matthias Trunk, laut RP Hilden vom 29.04.2010) unverzüglich beginnen;~~
2. auch an frühere Stadtwerke-Kunden, die Hilden verlassen oder zwischenzeitlich den Stromanbieter gewechselt haben, die Erstattungen ausgezahlt werden;
3. die Stadtwerke Hilden GmbH prüft, inwieweit den Kunden Zinsverluste für die verzögerte Rückzahlung erstattet bzw. ausgeglichen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mit 10 Ja-Stimmen (Fraktionen BA/CDf und FL) gegen 33 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

- 4.2 Änderung der Gebührensatzung für die Musikschule - Strukturelle Angleichung der Musikschulgebühren - WP 09-14 SV 41/071
-

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege die vorgelegte 9. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Musikschule der Stadt Hilden.

Abstimmungsergebnisse:

1) Gebührensatzung, § 10 Gebührentarife, Tarif 3,

alt:						neu:					
Tarif	Unterrichtsart	Min./Woche	Teilnehmerzahl	Gebührenanteil/Monat	Gebühr/Jahr	Tarif	Unterrichtsart	Min./Woche	Teilnehmerzahl	Gebührenanteil/Monat	Gebühr/Jahr
3	Gruppenunterricht	45	3	28 €	336 €	3	Gruppenunterricht	45	3	30 €	360 €

Mehrheitlich mit 39 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen (FDP-Fraktion) beschlossen

SPD-Fraktion: Ja
 CDU-Fraktion: Ja
 Fraktion BA/CDf: Ja
 FDP-Fraktion: Nein
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Ja
 dUH-Fraktion: Ja
 Fraktion Freie Liberale: Ja
 Bürgermeister: Ja

2) Gebührensatzung, § 11 Erwachsenenzuschlag

alt:	neu:
Zusätzlich zu den Unterrichtsgebühren zahlen erwachsene Schüler/innen einen Erwachsenenzuschlag von 15%.	Zusätzlich zu den Unterrichtsgebühren zahlen erwachsene Schüler/innen einen Erwachsenenzuschlag von 25% .

Hier erfolgte eine Alternativabstimmung über eine Beibehaltung des Zuschlags von 15% oder Anhebung auf 20% oder 25%:

Beibehaltung von 15%: 4 Stimmen (FDP-Fraktion)
 Anhebung auf 20%: 3 Stimmen (Fraktion Bündnis90/Die Grünen)
 Anhebung auf 25%: 36 Stimmen (übrige Fraktionen und Mitglieder)

5 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

5.1 Antrag der BA/CDf - Dichtheitsprüfungen nach § 61a LWG NRW WP 09-14 SV 66/070

Rm. Weinrich/BA/CDf kritisierte nochmals, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 29. Juni die Dringlichkeit dieses Antrages verneinte und eine Ergänzung seiner Tagesordnung ablehnte. Ansonsten hätte er - bei positiver Beschlussfassung - dem Landtag noch rechtzeitig vor der am 6. Juli 2011 angesetzten „Öffentlichen Anhörung“ zur Dichtheitsprüfung zugeleitet werden können. Darüber hinaus verwies er darauf, dass die seit 2010 bestehende Satzung der Stadt Hildden lediglich die Grundstücke in der Wasserschutzzone erfasse. Für alle anderen Grundstücke gebe es nach wie vor keine Regelung und somit auch keine Rechtssicherheit für die Grundstücks-

eigentümer.

Hierauf erwiderte Bürgermeister Thiele, dass dieses Thema bereits auf der Tagesordnung der ausgefallenen Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses gestanden habe und versicherte, dass die Verwaltung noch im Laufe des kommenden Herbstes eine entsprechende Vorlage in den Ausschuss bringen werde.

Antragstext:

Der ~~Haupt- und Finanzausschuss~~ Rat möge beschließen:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, im Namen der Stadt Hilden den Landtag von NRW aufzufordern, die Pflicht zur Überprüfung der Dichtheit bestehender Abwasserkanäle (§ 61a LWG NRW) zu überprüfen bzw. auch auszusetzen bis eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung verabschiedet wurde.

Der Bürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen die vom Rat der Stadt Hilden in diesem Zusammenhang beschlossenen Satzung ausgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

SPD-Fraktion:	nein
CDU-Fraktion:	nein
Fraktion BA/CDf:	ja
FDP-Fraktion:	nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	nein
dUH-Fraktion:	nein
Fraktion Freie Liberale	Enthaltung
Ratsmitglied Kaltenborn	nein
Bürgermeister	nein

5.2 Lärmaktionsplan in Hilden:

WP 09-14 SV 61/096

Abhandlung der Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf

Rm. Behner/BA/CDf bat darum, bereits im Vorfeld der Untersuchungen in der 2. Stufe im Sinne der Bürger aktiv zu werden, die über Lärm von der A3 klagen.

Bürgermeister Thiele sagte zu, den Landesbetrieb vorab dringend zu bitten, in diesen Bereichen tätig zu werden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss, zur Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung aus den §§ 47 a–f BImSchG für die Stufe 1, die Abhandlung der Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit:

1.1 Schreiben der Frau Dr. Müller vom 26. April 2011

In ihrem Schreiben bezieht sich die Verfasserin auf die von der Autobahn A3 ausgehenden Lärmemissionen und bittet die Stadt Hilden, sich für den Einbau von offenporigem Asphalt, für Lärmschutzwände und Tempolimit einzusetzen.

Diese Maßnahmenvorschläge sind bereits im Entwurf zum Lärmaktionsplan enthalten.

Die im Schreiben angesprochenen „maßgebenden Immissionsschutz-Auslösewerte“ auf Grundlage der „Night Noise Guidelines for Europe“ der WHO stellen für den Lärmaktionsplan keine Grundlage dar. Der Lärmaktionsplan orientiert sich an dem vom Land NRW vorgegebenen Grenzwerten gemäß Runderlass des MUNLV „Lärmaktionsplanung“ vom 7.2.2008 (MBI.NRW 2008 S. 105).

Daher wurden auch nur die Personen erfasst, die während der Nachtzeit dem Grenzwert von über 60 dB(A) ausgesetzt sind.

Die im Weiteren vorgebrachten Anregungen für den Bereich Grünstraße/Baustraße können nicht berücksichtigt werden, da der Lärmaktionsplan sich noch in der 1. Stufe befindet, wonach zunächst nur Straßen mit mehr als 6 Mio. Fahrzeugen sowie Haupteisenbahnstrecken mit mehr als 60.000 Zügen pro Jahr zu untersuchen sind. Dazu gehört der Bereich Grünstraße/Baustraße nicht.

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

1.2 Schreiben des Herrn Schorn vom 04.Mai 2011

Der Verfasser des Schreibens bezieht sich in seinen Anregungen primär auf die Osttangente und eher sekundär auf die A3 als Hauptlärmquelle.

Grundsätzlich ist daher anzumerken, dass die Lärmemissionen des Ostrings nicht in die 1. Stufe des Lärmaktionsplanes fallen, da die Straße nicht mit mehr als 6 Mio. Fahrzeugen im Jahr belastet ist. Somit können auch die vom Verfasser vorgeschlagenen Maßnahmen hierzu in der Abwägung (noch) nicht berücksichtigt werden können.

Die Osttangente wird voraussichtlich in der 2. Stufe der Lärmaktionsplanung und deren Lärmkartierung untersucht und bewertet.

Entsprechend der Lärmkartierung für die 1. Stufe des Lärmaktionsplanes befinden sich in dem Bereich Jägersteig keine übermäßig betroffenen Anwohner, d.h. Überschreitungen der vom Land NRW vorgegebenen Grenzwerten gemäß Runderlass des MUNLV „Lärmaktionsplanung“ vom 7.2.2008 (MBI.NRW 2008 S. 105).

Zu den im Schreiben vorgeschlagenen Maßnahmen zur „Wiederaufforstung“ an bestimmten Stellen, die der beigefügten Karte zu entnehmen sind, wird wie folgt Stellung genommen:

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die Erwartungen auf eine Lärminderung durch Bäume und Sträucher nicht zu hoch geschraubt werden dürfen. Schalldämmende Effekte treten erst bei Pflanzungen mit großer Bewuchstiefe und -staffelung auf. Einzelne Baumpflanzungen, Baumreihen oder Hecken dagegen haben praktisch keinerlei Schutzfunktion. Eine größere Wirkung von derartigen Anpflanzungen geht jedoch durch deren Funktion als optischer Schutz aus, wodurch das individuelle Lärmempfinden gedämpft werden kann. Der Haupteffekt von Bewuchs entlang von Verkehrswegen und lärmintensiven Industrie- und Gewerbeanlagen liegt eher im psychologischen Bereich, da Lärm, der nicht „gesehen“ wird, als weniger stark und belästigend empfunden wird, als bei einer optisch nicht abgeschirmten Lärmquelle. Die im Schreiben genannten Waldbereiche, durch die die CO-Pipeline verläuft, können nicht für Aufforstungen genutzt werden. Im gerodeten Bereich liegt der Schutzstreifen der CO-Pipeline, in dem keine Aufforstungen zulässig sind.

Bei den Baumpflegearbeiten neben der Kleingartenanlage „Am Stadtwald“ mussten aus Verkehrssicherheitsgründen einige Bäume gefällt bzw. gestutzt werden, da von Ihnen eine Gefahr für die Kleingartenanlage bzw. den daneben verlaufenden Fußweg ausging.

Bei der im Schreiben gelb markierten Fläche handelt es sich um eine private Grünlandfläche, die sich nicht im Eigentum und der Verfügungsgewalt der Stadt Hilden befindet. Unabhängig von den Eigentumsverhältnissen ist jedoch bereits in der Vergangenheit geprüft wor-

den, ob die Fläche eventuell angekauft und als Ausgleichsfläche für Anpflanzungen genutzt werden könnte.

Diese Prüfung führte jedoch zu einem negativen Ergebnis, da die vor Ort befindliche feuchte Grünlandfläche im Raum Hilden relativ selten ist und eine hohe ökologische Wertigkeit hat. So hat z.B. die Untere Landschaftsbehörde des Kreises Mettmann signalisiert, dass sie einer Aufforstung der Fläche (im Geltungsbereich des Landschaftsplanes gelegen/ Ausweisung: Landschaftsschutzgebiet) nicht zustimmen würde.

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

1.3 Schreiben des Herrn Ulrich Knak, per mail vom 01.05.2011

Der Verfasser kritisiert u.a. in seiner Mail, dass der Ostring und die Hochdahler Straße im Rahmen der vorgeschlagenen Maßnahmen des Lärmaktionsplanes nicht berücksichtigt worden sind.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Lärmemissionen des Ostrings und der Hochdahler Straße nicht in die 1. Stufe des Lärmaktionsplanes fallen, da die Straßen nicht mit mehr als 6 Mio. Fahrzeuge im Jahr belastet sind. Somit können auch die vom Verfasser vorgeschlagenen Maßnahmen hierzu in der Abwägung (noch) nicht berücksichtigt werden.

Die Osttangente sowie die Hochdahler Straße werden voraussichtlich in der 2. Stufe der Lärmaktionsplanung und deren Lärmkartierung untersucht und bewertet.

Der Hinweis bzw. Vorschlag, den Lärmschutzwall entlang der A3 zu erhöhen, wird in den Entwurf des Lärmaktionsplanes aufgenommen und im weiteren Verfahren mit den Träger öffentlicher Belange diskutiert.

2. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Lärmaktionsplanes für die Stadt Hilden zu beteiligen.

5.3 33. Änderung des Flächennutzungsplans für die Grundstücke Walder Str. 99 - 113 und Mühlenbachweg 12: WP 09-14 SV 61/097 Kenntnisnahme der Genehmigung durch die Bezirksregierung

Der Rat der Stadt Hilden nahm nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Genehmigung zur 33. Flächennutzungsplanänderung durch die Bezirksregierung Düsseldorf vom 16.05.2011 (Az.: 35.02.01.01-21Hil-033-472) und die darin formulierten Hinweise zur Ergänzung der Begründung sowie zur redaktionellen Änderung der Legende in der Plandarstellung zur FNP-Änderung zur Kenntnis.

5.4 Winterdienst WP 09-14 SV 68/026

Auf Nachfragen von Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH erläuterte der Leiter des Bauhofes, Ulrich Hanke, dass der Gemeindeunfallversicherungsverband aus Sicherheitsgründen bei Rückwärtsfahr-

ten und Rangierfahrten einen Beifahrer fordert. Lediglich bei entsprechender Ausstattung des Fahrzeugs kann auf den Beifahrer verzichtet werden. Darüber hinaus habe der Beifahrer auch Dokumentationsaufgaben welche durch eine GPS Ausstattung elektronisch erledigt werden würde. Und letztlich bekäme er durch den Verzicht auf den Beifahrer Kapazitäten frei, um im Schichtbetrieb fahren zu können.

Im weiteren erklärte Rm. Prof. Dr. Bommermann, dass seine Fraktion weder für den Bau einer Halle noch der langfristigen Anmietung einer solchen Bedarf sehe, was nicht ausschließen solle, dass die Verwaltung im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung mal vorübergehend eine Halle anmiete, wenn sich kurzfristig Lagerbedarf abzeichne.

Hinsichtlich der vom RPA aufgestellten Vergleichsrechnung zwischen der Anmietung einer Halle und dem Kauf/Bau einer Halle entspann sich eine kontroverse Diskussion über die der Abschreibung zu Grunde zu legenden Nutzungsdauer. Während die BA/CDf-Fraktion auf Werte in der Tabelle von 20 bis 25 Jahren verwies, ging der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes entsprechend der Aussagen des Sachverständigen, Prof. Hanke, und Erfahrungen anderer Gemeinden von 40 Jahren aus.

Rm. Alkenings/SPD wies dagegen darauf hin, dass sowohl Experten als auch Rückversicherer von zunehmenden Extremwetterlagen ausgingen. Bislang habe die Stadt für den Winterdienst nicht sehr viel Geld ausgegeben, was letztlich dem Gebührenzahler zu Gute kam, aber angesichts der jetzt gemachten Erfahrungen sollte der Rat die Gelegenheit nutzen, den Winterdienst in Hilden so aufzustellen, wie Prof. Hanke das in seinem Gutachten empfiehlt.

Sodann reichte sie für die SPD-Fraktion folgenden Antrag ein:

Der Rat möge den Bau einer eigenen Salzlagerhalle (mit Silo-Fördereinrichtung und Solebereiter, Einfriedung Grundstück, Erweiterung der Grundstücksfläche) und den Kauf eines Radladers beschließen.

Begründung:

Das Rechnungsprüfungsamt hat in einem Schreiben vom 8.7.2011 an die Ratsmitglieder errechnet, dass der Bau einer eigenen Salzlagerhalle und der Kauf eines Radladers die Belastung der Gebührenzahler um 15.000 Euro pro Jahr und das über Jahrzehnte senkt. Die im HuF beschlossene Variante der Anmietung ist gemäß Berechnung des Rechnungsprüfungsamtes für die Gebührenberechnung die teuerste Variante.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion sei der Salzangel nur ein Baustein des schlechten Winterdienstes gewesen, erklärte Rm. Buschmann. Wie dem Gutachten zu entnehmen sei waren auch die Einsatzpläne optimierungsbedürftig und die Ausstattung mangelhaft. Darüber hinaus befinde man sich nach wie vor in einer gemäßigten Klimazone und von daher gehe sie nicht davon aus, dass die kommenden Winter immer so ausfielen.

Für die FDP-Fraktion schloss sich Rm. Remih dieser Auffassung an und erklärte, abwarten zu wollen, wie sich der Winterdienst darstelle, nachdem die Einsatzpläne überarbeitet und die Ausrüstung aufgestockt wurde.

In Ausführung der Beratungen/Abstimmungen im Haupt- und Finanzausschuss am 29. Juni 2011 ergibt sich folgender **Beschlussvorschlag**

„Der Rat der Stadt Hilden nimmt das durch den Gutachter Herrn Dr. Hanke erstellte Gutachten zur Kenntnis.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die durch den Gutachter empfohlenen organisatorischen und technischen Optimierungsvorschläge aufzugreifen und kurzfristig umzusetzen.

Zur Verbesserung der technischen Infrastruktur und zur Optimierung der zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen werden nachfolgende Maßnahmen beschlossen:

Investitionen:

Ergänzung des in Beschaffung befindlichen LKW 3-Achser/Allrad, MAN TGS	51.000 €
vorhandener LKW, 2-Achser-Allrad, DB 1829 AK, ME – ZB 1000	46.000 €
vorhandener LKW, 3-Achser/Vorlaufachse, DB 2527, ME – 2919	22.100 €
vorhandener LKW, 3-Achser/Nachlaufachse, Actros , ME – 2247	22.100 €
vorhandener Klein-LKW-Allrad, Multicar, ME – 2066	16.000 €
vorhandener Klein-LKW-Allrad, Multicar, ME – 2183	16.000 €
Ausrüstung von 2 Streuern als Kombinationsstreuer	62.800 €
Kauf eines Solebereiters	52.800 €
Summe.	288.800 €

Ergebnishaushalt

Führerscheine	15.000 €
Beauftragung Fremdunternehmen	30.000 €
Beteiligung der Stadt Hilden an der landesweiten Salzreserve	20.600 €
Hallenmiete	11.200 €
Summe:	76.800 €

Die Investitionen und die Mehraufwendungen im Ergebnishaushalt werden apl/üpl bereitgestellt.

Die Deckung ist durch Mehrerträge bzw. durch Mehreinzahlungen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sichergestellt.“

1. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Zusätzlicher LKW 3-Achser mit Winterdienstausrüstung	256.100 €
Schlepper mit kompletter Winterdienstausrüstung	105.000 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

2. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Ergänzung des in Beschaffung befindlichen LKW 3-Achser/Allrad, MAN TGS	51.000 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja

Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm Kaltenborn	Ja
Bürgermeister	Ja

3. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

vorhandener LKW, 2-Achser-Allrad, DB 1829 AK, ME – ZB 1000	46.000 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm Kaltenborn	Ja
Bürgermeister	Ja

4. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

vorhandener LKW, 3-Achser/Vorlaufachse, DB 2527, ME – 2919	22.100 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm Kaltenborn	Ja
Bürgermeister	Ja

5. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

vorhandener Klein-LKW-Allrad, Multicar, ME – 2066	16.000 €
---	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja

Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm Kaltenborn	Ja
Bürgermeister	Ja

6. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

vorhandener LKW, 3-Achser/Nachlaufachse, Actros , ME – 2247	22.100 €
---	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm Kaltenborn	Ja
Bürgermeister	Ja

7. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

vorhandener Klein-LKW-Allrad, Multicar, ME – 2183	16.000 €
---	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm Kaltenborn	Ja
Bürgermeister	Ja

8. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

optional Mehrkosten Ausrüstung von 2 Streuern als Kombinationsstreuer	62.800 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 24 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Nein
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm. Kaltenborn	Nein
Bürgermeister	Ja

9. Abstimmung

Beschlussvorschlag / Antrag der SPD-Fraktion:

Kauf-Variante

Salzlagerhalle mit Silo-Fördereinrichtung und Solebereiter	350.000 €
Einfriedung Grundstück	7.000 €
Erweiterung der Grundstücksfläche jährlich 28.180 € in 2011 anteilig	9.400 €

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 27 Nein-Stimmen gegen 16 Ja-Stimmen abgelehnt

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Nein
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Nein
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm Kaltenborn	Nein
Bürgermeister	Ja

10. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Miet-Variante

Optional Miete einer Halle zur Salzeinlagerung inklusiver Miete Radlader jährlich 33.500 € in 2011 anteilig	11.200 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 22 Nein-Stimmen gegen 21 Ja-Stimmen abgelehnt

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Nein
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Nein
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm Kaltenborn	Ja

Bürgermeister Ja

11. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

optional bei Miete einer Salzlagerhalle Kauf eines Solebereiters	52.800 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 24 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Nein
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm Kaltenborn	Nein
Bürgermeister	Ja

12. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Führerschein	15.000 €
--------------	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Rm Kaltenborn	Ja
Bürgermeister	Ja

13. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Beauftragung Fremdunternehmen	30.000 €
-------------------------------	----------

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

14. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Beteiligung der Stadt Hilden an der landesweiten Salzreserve	20.600 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

15. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, für den Winter 2011/2012 und 2012/2013 den Beitritt der Stadt Hilden zur Einkaufsgemeinschaft des Landesbetriebes Straßen NRW.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

5.5 Städtebaulicher Wettbewerb "Albert-Schweitzer-Schule": Beschluss über die Rahmenbedingungen	WP 09-14 SV 61/091
--	--------------------

Rm. Reffgen/BA/CDf wies darauf hin, dass die in den Rahmenbedingungen vorgegebene Bruttogeschossfläche von 15.000m² ca 123 Wohneinheiten entspreche. Dies stehe im Widerspruch zu den im strategischen Stadtentwicklungskonzept vorgesehenen 65 Wohneinheiten. Vor diesem Hintergrund beantragte er Vertagung und erneute Beratung der Vorlage im Stadtentwicklungsausschuss.

Rm. Buschmann/CDU sprach sich ebenfalls für eine Vertagung auch vor dem Hintergrund aus, dass die neu gewählte Baudezernentin Frau Hoff ihren Dienst erst zum 1.9. antritt, am Entscheidungsprozess aber sinnvollerweise mitwirken sollte.

Auch die übrigen Fraktionen stimmten dem Vertagungsantrag und einer erneuten Beratung im Stadtentwicklungsausschuss zu.

5.6 Bebauungsplan Nr. 106B für einen Bereich Herderstraße / Stockshausstraße / Gerresheimer Straße und der Straße "Auf dem Sand": Abhandlung der Anregungen aus der Offenlage Beschluss der erneuten Offenlage	WP 09-14 SV 61/100
--	--------------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss

1. die vorgebrachten Anregungen aus der Offenlage wie folgt abzuhandeln:

1.1 Schreiben des Kreises Mettmann vom 31.05.2011

Zu dem Schreiben wird wie folgt Stellung genommen:

Aus Sicht des Umweltamtes

Untere Wasserbehörde

Aus wasserwirtschaftlicher Sicht wurden keine Anregungen vorgebracht.

Untere Immissionsschutzbehörde

Gegen das o.g. Bauleitplanverfahren wurden aus der Sicht des anlagenbezogenen Immissionsschutzes keine Bedenken vorgebracht.

Untere Bodenschutzbehörde

In dem Schreiben bezieht sich der Kreis auf zwei innerhalb des Plangebietes liegende Altlastenverdachtsflächen, die im Februar 2011 in das Kataster des Kreises über Altlasten, altlastverdächtige Flächen, schädliche Bodenveränderungen, Verdachtsflächen und Deponien („Altlastenkataster“) überführt worden sind.

Der neue Sachstand wurde im Bebauungsplan unter Verwendung der neuen Kennziffern (alt: 28232, Nr. neu: 6471/10 Hi; alt: 64155, Nr. neu: 6471/11 Hi) entsprechend dargestellt.

Aus Sicht des Kreisgesundheitsamtes

Es wurden keine weiteren Anregungen vorgebracht.

Aus Sicht des Planungsamtes

Untere Landschaftsbehörde

Es wurden keine Anregungen vorgebracht.

1.2. Schreiben der Fa. Aldi vom 25.05.2011 per Fax

Zu dem Schreiben wird wie folgt Stellung genommen:

Die Fa. Aldi bezieht sich in ihrem Schreiben auf die schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 106B. Dabei sieht sie aufgrund der darin ermittelten Ergebnisse und Vorschläge hinsichtlich der zu treffenden schallschutztechnischen textlichen Festsetzungen, deutliche Einschränkungen in den Entwicklungsmöglichkeiten des Unternehmens.

Die Stellungnahme der Fa. Aldi wurde an das Büro TAC, das die schalltechnische Untersuchung für den Bebauungsplan Nr.106B erstellt hat, weitergeleitet.

Mit der „Ergänzende Stellungnahme zum Schallgutachten TAC-994-10“ vom 06.06.2011, wurden die angesprochenen Konfliktbereiche nochmals überarbeitet und Festsetzungen getroffen, die die weiterhin gewollte Entwicklung der gewerblichen Bauflächen in ihrer Ausnutzung so gering wie nur möglich einschränkt, aber die Nachbarschaft zur Wohnbebauung dennoch angemessen berücksichtigt.

Der Anregung wurde stattgegeben.

1.3 Schreiben der EL Immobilien GmbH vom 01.06.2011

Zu dem Schreiben wird wie folgt Stellung genommen:

Die Anregungen der EL Immobilien GmbH beziehen sich in ihrem Schreiben auf die schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 106B. Dabei sieht sie aufgrund der darin ermittelten Ergebnisse und Vorschläge hinsichtlich der zu treffenden schallschutztechnischen textlichen Festsetzungen, deutliche Einschränkungen in den Entwicklungsmöglichkeiten des Unternehmens.

Die Stellungnahme der Fa. EL Immobilien GmbH wurde an das Büro TAC, das die schalltechnische Untersuchung für den Bebauungsplan Nr.106B erstellt hat, weitergeleitet.

Mit der „Ergänzende Stellungnahme zum Schallgutachten TAC-994-10“ vom 06.06.2011, wurden die angesprochenen Konfliktbereiche nochmals überarbeitet und Festsetzungen getroffen, die die weiterhin gewollte Entwicklung der gewerblichen Bauflächen in ihrer Ausnutzung so gering wie nur möglich einschränkt, aber die Nachbarschaft zur Wohnbebauung dennoch angemessen berücksichtigt.

Der Anregung wurde stattgegeben.

2. die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 106B gemäß § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. April 2011 (BGBl. I S. 619) geändert worden ist.
Das Plangebiet liegt im Bereich zwischen Herderstraße, Stockshausstraße, Gerresheimer Straße und der Straße „Auf dem Sand“.
Dem Beschluss zur erneuten Offenlage liegt die Entwurfsbegründung vom 16.06.2011 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 6 Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schule und Sport
-

6.1 Verpflegungsgelder - Zuschuss Mittagstisch - Richtlinienaufhebung WP 09-14 SV 51/120

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 17.07.2011 die Aufhebung der Richtlinien für die Teilübernahme von Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen, Ganztagsangeboten offener oder gebundener Ganztagschulen und nachschulischen Betreuungsformen zum 01.08.2011.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 6.2 Kindergartenplanung der Kath. Kirche, hier: Vertrag zur Sonderfinanzierung der Kath. Kindertageseinrichtung "St. Elisabeth" WP 09-14 SV 51/122
-

An der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nahmen die Ratsmit-

glieder Claudia und Rainer Schlottmann(CDU) nicht teil,

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 13.07.2011 die Sonderfinanzierung einer Kindergartengruppe der Kath. Kindertageseinrichtung „St. Elisabeth“ gemäß dem vorliegenden Vertragsentwurfs.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.3 Schulentwicklungsplanung - Errichtung eines Grundschulverbundes zwischen der GGS Schulstraße und der GGS Walter-Wiederhold-Schule - Festlegung der Zügigkeit WP 09-14 SV 51/124

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, die Gemeinschaftsgrundschule Schulstraße und die Gemeinschaftsgrundschule Walter-Wiederhold-Schule mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 zu einem Grundschulverbund gemäß § 82 Abs. 3 SchulG NRW zusammen zu führen. Die Errichtung des Grundschulverbunds erfolgt im Weg der Änderung. Die GGS Schulstraße bildet dabei den Hauptstandort und die GGS Walter-Wiederhold-Schule den unselbständigen Teilstandort. Der Grundschulverbund wird dreizügig geführt werden, wobei der Hauptstandort zweizügig und der Teilstandort einzügig festgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.4 Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für den Bereich Grundschule - Standort Beethovenstraße WP 09-14 SV 51/131

Bürgermeister Thiele schlug im Hinblick auf die von der Landesregierung geplante Änderung des Schulgesetzes vor, den Beschluss des Schul- und Sportausschusses heute nur zur Kenntnis zu nehmen und den Rat unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen des Schulgesetzes verabschiedet wurden. Gegebenenfalls könne dann erneut beraten werden.

Der Schuldezernent, Beig. Gatzke erläuterte nochmals, dass die geplante Änderung des Schulgesetzes die Option eröffne, eine Verbundschule unter Leitung einer Bekenntnisschule zu errichten, was bislang rechtlich nicht möglich sei. Er machte klar, dass eine Vertagung in der heutigen Sitzung keine Änderung des Status quo bedeute.

In der sich anschließenden, kontrovers geführten Diskussion sprachen sich die Vertreter der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen für eine Vertagung der Beschlussfassung aus, wohingegen die Vertreter der Fraktionen BA/CDf, FDP und FL für eine Beschlussfassung über den Beschluss des Fachausschusses plädierten, um den Beteiligten Planungssicherheit und ein deutli-

ches Signal zu geben.

Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH schlug als Kompromiss eine Modifizierung des Beschlussvorschlages aus dem Schul- und Sportausschuss um die Worte „...bis zu einer neuen Landesregelung...“ vor.

Rm. Buschmann/CDU beantragte dagegen die Beschlussfassung zu vertagen bis zur Rechtskraft eines neuen Schulgesetzes unter Beibehaltung des Status Quo.

1. Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Schul- und Sportausschusses vom 07.07.2011:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport:

Beide Schulstandorte an der Beethovenstraße, die Gemeinschaftsschule Adolf-Reichwein und die Katholische Bekenntnisschule Adolf-Kolping, sind als eigenständige Grundschulen am Standort weiterzuführen.

2. Antrag der CDU-Fraktion:

Der Rat vertagt die Beschlussfassung in dieser Angelegenheit bis zur Rechtskraft eines neuen Schulgesetzes unter Beibehaltung des Status Quo

Abstimmungsergebnis (zum Vertagungsantrag der CDU-Fraktion):

Mit 24 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	2 Nein, 2 Enthaltungen
Fraktion Freie Liberale	Nein
Ratsmitglied Kaltenborn	keine Beteiligung
Bürgermeister	Ja

6.5 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich
Grundschule -Festlegung der Zügigkeiten-

WP 09-14 SV 51/084

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport die Zügigkeit der Hildener Grundschulen ab dem Schuljahr 2011/2012 wie folgt festzulegen:

:

Grundschule	Zügigkeit
Grundschulverbund GGS Schulstra-	3-zügig

ße/ GGS Walter-Wiederhold	
GGG Elbsee	2-zügig
GGG Wilhelm-Hüls	3-zügig
Grundschulverbund GGS Kalstert /GGG Walder Straße	3-zügig
GGG Wilhelm-Busch	3-zügig an zwei Standorten
KGS Astrid-Lindgren	3-zügig an zwei Standorten
In Abhängigkeit vom Beschluss in Sachen Beethovenstraße (SV 51/) Alternative 1 oder 2	
Alternative 1: neue Schule Beethovenstraße (ab Schuljahr 2012/2013)	3-zügig
Alternative 2: GGG Adolf-Reichwein	2-zügig
KGS Adolf-Kolping	2-zügig

Sofern es die vorhandenen Raumkapazitäten zulassen, ist es den Schulleitungen in Einzelfällen möglich, in Abstimmung mit dem Schulträger ausnahmsweise über die festgestellte Zügigkeit hinaus weitere Parallelklassen zu bilden.

Der Ausschuss für Schule und Sport ist darüber zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7 Sonstige Angelegenheiten

7.1 Gesetz der Bundesregierung zur Neugestaltung der arbeitsmarkt- WP 09-14 SV 50/042 politischen Instrumente - Resolution des Rates der Stadt Hilden -

Der Sozialdezernent, Beig. Gatzke warb nachdrücklich für die Verabschiedung der Resolution um gegenüber der Bundesregierung ein deutliches Zeichen zu setzen. Im Gegensatz zu den Vertretern der Fraktionen BA/CDf und dUH sei er davon überzeugt, dass landes- oder gar bundesweite Proteste nicht unerhört bleiben. Die Bundestagsabgeordneten Noll und Steinbrück hätte sich bereits vor Ort in Hilden über die Situation erkundigt und er habe schon den Eindruck, dass sie hierdurch neue Erkenntnisse gewonnen hätten. Im Weiteren machte er nochmals deutlich, dass mit der beabsichtigten Änderung der gesetzlichen Regelungen die Einrichtungen keine Mittel mehr für Maßnahmen mit oder für Langzeitarbeitslose zur Verfügung gestellt würden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten würden auch die kreisangehörigen Gemeinden über die Kreisumlage weiter belasten.

Rm. Alkenings/SPD fügte hinzu, dass das Sozialgefüge der Städte insgesamt betroffen sei. Aus diesem Grund wäre es auch legitim, seine Meinung zu äußern und die Sozialverbände mit dieser Resolution zu unterstützen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt die vorgelegte Resolution zum geplanten Gesetz der Bundesregierung zur Neugestaltung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente.

Abstimmungsergebnis:

Mit 16 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Enthaltung
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Enthaltung
Fraktion Freie Liberale	Nein
Ratsmitglied Kaltenborn	Nein
Bürgermeister	Ja

7.2 Public Viewing bei der Fußball-Europameisterschaft 2012; hier:
Antrag der Fraktion dUH

WP 09-14 SV I/006

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, bei der Fußball-Europameisterschaft 2012 ein public viewing zu ermöglichen. Hierfür sind geeignete Standorte ebenso zu untersuchen, wie die Beteiligung der heimischen Gastronomie und Wirtschaft. Haushaltsmittel sollen hierfür nicht bereit gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

keine

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

9.1 Ladezeiten am Alten Markt - Lieferverkehr als Stimmungskiller

Rm. Reffgen reichte für die BA/CDf-Fraktion nachfolgende Anfrage ein:

In diesen Wochen finden in der Feierabendzeit wieder eine Vielzahl von Veranstaltungen auf dem Alten Markt statt. Alljährlich locken bei schönem Wetter Angebote wie der „Hildener Sommer“ hunderte Menschen auf den Marktplatz, um die gastliche Atmosphäre bei angenehmen Temperaturen und unterhaltsamen Kulturdarbietungen im Freien zu genießen. Unangenehm wird es regelmäßig dann, wenn ab 18.30 Uhr große LKW sich entlang des Platzes ihren Weg durch die belebte Fußgängerzone bahnen und durch ihre Anwesenheit mit riesigen Ausmaßen, verbunden mit Lärm und Abgasen die Stimmungsidylle jäh beenden. In diesem Zusammenhang frage ich die Verwaltung:

- 1. Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit – bei allem Verständnis für notwendigen Lieferverkehr -, zumindest während der Sommermonate die Ladezeiten in der Fußgängerzone im Bereich des Alten Markts in den Abendstunden einzuschränken oder zeitlich so zu verlegen, dass Veranstaltungen auf dem Marktplatz weitestgehend nicht beeinträchtigt werden?*
- 2. Welche sonstigen Maßnahmen kommen aus Verwaltungssicht in Betracht, damit Open-Air-Veranstaltungen auf dem Marktplatz durch Lieferverkehr nicht gestört werden?*
- 3. Ist es vorstellbar, insbesondere die Supermärkte in den Abendstunden nur von der Rückseite am Warrington-Platz zu beliefern?*

9.2 Öffentliche Toilette am Nordmarkt

Rm. Reffgen reichte für die BA/CDf-Fraktion nachfolgende Anfrage ein:

*Der Nordmarkt erfreut sich als das am stärksten frequentierte Subzentrum im Hildener Stadtgebiet großer Beliebtheit. Dabei beschränkt sich die hohe Kunden- und Besucherfrequenz nicht nur auf den wöchentlichen Markttag. Auch an den übrigen Tagen kommen viele Menschen aus dem Hildener Norden und darüber hinaus auf den Platz. Dazu trägt das geschäftliche Angebot mit Supermarkt, diversen Einzelhandelsgeschäften, Café und verschiedenen Dienstleistern ebenso bei wie der unmittelbar angrenzende große Kinderspielplatz, der fast immer stark belegt ist. Da der Platz auch als Wochenmarkt und für Festveranstaltungen genutzt wird, hat er sich im Laufe der Jahre zu **dem** Kommunikationszentrum im Hildener Norden entwickelt.*

Was von Besuchern wie Kunden – bei aller Wertschätzung der Infrastruktur rund um den Platz – immer wieder beanstandet wird, ist das Fehlen einer öffentlichen Toilette, da weder Supermarkt, noch Café und die übrigen Einzelhandelsgeschäfte nicht einmal eine Kundentoilette (geschweige denn eine allgemein zugängliche Toilette) vorhalten. Vor diesem Hintergrund frage ich die Verwaltung:

- 4. Besteht die Möglichkeit, aus technischer Sicht (Ver- und Entsorgung) auf dem Nordmarkt eine Münztoilette zu installieren?*
- 5. Was würde an besagter Stelle – überschlägig berechnet – eine selbstreinigende Toilette kosten?*
- 6. Sind der Verwaltung Betreibermodelle bekannt, die den Kostenaufwand reduzieren?*
- 7. Kommen aus Verwaltungssicht andere Lösungen in Betracht, um dem Problem abzuhefen?*

9.3 Marktplatz (alter Markt) nach dem letzten Schützenfest

Rm. Kaltenborn reichte folgende Anfrage ein:

Bei meiner Begehung über den alten Markt habe ich sehr viele Unebenheiten bzw. Löcher bei den Mosaiksteinen entdeckt (siehe Fotos).

Es werden z.B. durch Achsdrehungen die Steine gelockert und dann fährt das gleiche Fahrzeug wieder über diese Steine unter An- und Einweisung, damit die gelockerten Steine festgefahren werden.

Da kann von Rücksichtnahme keine Rede sein.

Auch wenn versucht wird, die Schäden immer wieder zu flicken, muss doch eingesehen werden, dass der Platz für schwere Aufbauten nicht geeignet ist.

Was wird die Verwaltung unternehmen?

9.4 Ellen- Wiederhold-Platz

Rm. Kaltenborn reichte folgende Anfrage ein:

Das beiliegende Foto zeigt, dass die Skater den Boden und auch die Holzbänke in Mitleidenschaft ziehen. Die schwarzen Streifen (siehe Foto) kommen vom Einwachsen der Rollen.

Auch die Raucher werfen ihre Kippen achtlos weg.

Die Radfahrer überqueren die Itter und fahren in Richtung Innenstadt über den teilweise belebten Platz, ohne Rücksicht auf spielende Kleinkinder, Rollstuhlfahrer oder Bürger mit Rollatoren.

Man sieht auch nirgendwo Hinweisschilder, wie z.B. „Radfahrerbitte absteigen“ oder „keine Skatei“.

Zum Teil finden jetzt schon Ausbesserungsarbeiten statt. Wie wird die Verwaltung hier vorgehen?

9.5 Außengastronomie Mittelstraße

Rm. Kaltenborn reichte folgende Anfrage ein:

Fußgänger, wie z.B. Mütter mit Kinderwagen oder Bürgerinnen und Bürger mit Rollatoren und Einkaufstaschen, müssen häufig in dem Bereich der Bäckerei Suckow einen Slalomlauf machen, um den Fußweg ordnungsgemäß nutzen zu können bzw. sie müssen auf die befahrene Straße gehen, was nicht ungefährlich ist.

Nicht nur an dieser Stelle besteht ein Engpass auf der Mittelstraße. Es gibt noch weitere Bereiche.

Auch die Feuerwehrzone sollte dringend eingehalten werden.

Wie kann hier in Zukunft Abhilfe geschaffen werden?

9.6 Wochenmarkt auf dem Nove-Mesto-Platz

Rm. Kaltenborn reichte folgende Anfrage ein:

Wenn man den Hildener Wochenmarkt besucht, hat man teilweise den Eindruck auf einem Bazar zu sein (siehe Foto). Textilien werden überall angeboten (sind das fliegende Händler?).

Viele Marktbesucher möchten auch mal verweilen und sich mit Bekannten unterhalten können, ohne dass es gleich zu unliebsamen Staus kommt, weil die Händler Displays und Paletten im Gehbereich aufstellen.

Wo ist hier der rote Faden? Ein Steh-Cafe mit zwei Tischen wäre auch begrüßenswert.

Vielleicht kann eine Umfrage bei Markthändlern in Haan oder Langenfeld gemacht werden.

Wie sieht es mit der Gestaltung aus?

9.7 Hoffeldstraße 3-5 (Kfz-Werkstatt)

Rm. Kaltenborn reichte folgende Anfrage ein:

Durch Bauarbeiten in der unteren Hoffeldstraße (siehe Foto) kommt es bei Regenfällen zu Überschwemmungen und das Wasser läuft in den Hof. Früher war das nicht der Fall. Das Gefälle zur Rinne müsste überprüft werden. Die Überschwemmungen werden nicht nur durch den meistens verstopften Gully verursacht.

In Höhe der Hoffeldstraße 23 ist der Gully häufig verstopft. Das Wasser läuft dann die Tiefgarageneinfahrt hinunter und muss durch Pumpen abgeleitet werden.

Wann wird hier Abhilfe geschaffen?

9.8 Radfahren und Autofahren auf dem Friedhof

Rm. Kaltenborn reichte folgende Anfrage ein:

Der Hildener Hauptfriedhof wird verstärkt von Radfahrern und auch Autofahrern befahren. Radfahrer benutzen ihn als Durchfahrt zur Pungshausstraße oder auch umgekehrt zur Kirchhofstraße.

Zum Besuch der Gräber werden auch Autos benutzt. Das sollte aber nur in Ausnahmefällen und mit einer Sondererlaubnis geduldet werden.

Fragen an die Verwaltung:

Wann werden hier Schilder aufgestellt, die das Radfahren und Autofahren untersagen?

Können die Tonnen und Gitterboxen nicht auch am Wochenende geleert werden (siehe Foto)?

9.9 Kostenreduzierung bei Kultur (Flyer und Porto)

Rm. Kaltenborn reichte folgende Anfrage ein:

Ich mache seit langem die Beobachtung, dass das Kulturamt viele Flyer und Broschüren versendet. An den Informationsständen in der Bücherei, im Rathaus etc. liegt jede Menge Informationsmaterial aus.

Gleichzeitig wird in der Presse über die Veranstaltungen berichtet. Frage:

Ist es nicht möglich, aus Sparsamkeitsgründen (Briefporto beträgt 0,25 €, dazu kommen noch die Druckkosten für die Flyer) eine kleinere Auflage zu erstellen und auch den Verteiler zu verkleinern?

9.10 Kiefernweg

Rm. Kaltenborn reichte folgende Anfrage ein:

Die Straße Kiefernweg wird von Fahrzeugen mit einer teilweise sehr hohen Geschwindigkeit befahren.

Frage: Plant die Verwaltung dort eine verkehrsberuhigte Zone oder andere Maßnahme?

9.11 Ratsinformationssystem

Auf Nachfrage von Prof. Dr. Bommermann/dUH erklärte der Mitarbeiter des Bürgermeisterbüros, Roland Becker, dass die technischen Probleme beim Ratsinformationssystem behoben wurden und Sitzungsunterlagen wieder vollständig in das Rats- und Bürgerinformationssystem transportiert würden.

9.12 Kindergarten Kolpingstraße

Unter Bezugnahme auf einen Artikel in der WZ fragte Rm. Horzella/dUH nach, ob die Probleme des Kindergartens der Verwaltung bekannt seien.

1. Beig. Danscheidt erklärte, dass Ursache für die Probleme des Kindergartens die Fläche ist, die bebaut werden soll. Bislang habe der Kindergarten mehr Fläche für den Außenbereich genutzt, als ihm zugestanden hat. Die Verwaltung ein städtisches Grundstück zur Verfügung stellen

9.13 Ampelanlage Walder Straße

Rm. Dr. Haupt reichte für die FL-Fraktion folgende Anfrage ein:

*Betr.: Erneuerung der **Ampelanlagen auf der Walder Str.** (Stichwort: ‚Grüne Welle‘)
Bezug: Verkehrssituation Walder Str., z.B. SV 66/030 (Rat vom 25.05.2011)*

Die Erneuerung und Modernisierung der Ampelanlagen auf der gesamten Walder Str. scheint – bis auf die Anlage Zufahrt Osttangent/ neue Zufahrt Breidoehr – abgeschlossen zu sein.

*Lediglich die Ampelanlage an der **Einmündung Rembrandtweg/Walder Str.** (d.h. etwa in der Mitte der Walder Str.) ist noch im alten Zustand.*

- **Ist geplant, auch diese Anlage zu erneuern?**
- **Wenn ja: Wann ist in etwa mit einem Umbau zu rechnen?**

Begründung:

Durch die bisherigen Modernisierungsmaßnahmen hat sich die Verkehrssituation auf der Walder Str. sehr deutlich entspannt. Es kommt allerdings an der genannten Einmündung immer wieder zu Unterbrechungen des Verkehrsflusses, da eine verkehrsabhängige Steuerung fehlt; d.h. aber, das neue Verkehrsleitkonzept wird hier konterkariert.

Nicht nur in Hinsicht auf den Ratsbeschluss vom 25.05.2011, vor weiteren Entscheidungen zunächst in einer ‚Erprobungsphase‘ bis Spätherbst 2011 Erfahrungen mit der neuen Verkehrssituation zu sammeln, wäre eine zügige Umrüstung dieser letzten Ampelanlage mehr als wünschenswert.

9.14 Diensthandy und andere geldwerte Vorteile für Ratsmitglieder/stellvertretende Bürgermeister

Rm. Weinrich reichte für die BA/CDf-Fraktion nachfolgende Anfrage ein:

1. *Haben ehrenamtliche Tätige, wie z. B. stellvertretende Bürgermeister, gegenüber der Stadt Anspruch auf ein Diensthandy?*
2. *Falls ja: Übernimmt die Stadt die Kosten für die Handynutzung pauschal oder nur bis zu einer bestimmten Höhe?*
3. *Können ehrenamtlich Tätige darüber hinaus geldwerte Vorteile im Zusammenhang mit ihrem Ehrenamt als Ratsmitglied und/oder Bürgermeister nutzen?*

4. Falls ja: a) Welche und auf welcher Rechtsgrundlage? b) Wie wird der geldwerte Vorteil versteuert?

9.15 Werbeschilder Marktpassage

Frau Weiner/FDP wies auf Probleme einer Gewerbetreibenden in der Marktpassage mit dem Aufstellen von Plakatständern hin und fragte nach, ob die Verwaltung hier Hilfestellung leisten könne. Bürgermeister Thiele sicherte zu, sich mit der Gewerbetreibenden in Verbindung zu setzen.

10 Vereidigung der Beigeordneten Frau Hoff, Dezernat IV

WP 09-14 SV 10/041

Bürgermeister Horst Thiel bat Frau Hoff zu sich nach vorne und verpflichtete sie mit den Worten:

"Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Im Anschluss hieran überreichte er ihr die Ernennungsurkunde. Nachdem die Vorsitzenden der Ratsfraktionen ihr gratulierten, bedankte sie sich noch einmal für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und versprach ihrerseits alles für eine gute Zusammenarbeit zu tun.

Der Rat der Stadt Hilden nahm die Bestätigung der Aufsichtsbehörde nach § 17 des Landesbeamtengesetzes NRW zur Kenntnis, dass Frau Rita Hoff zur Beigeordneten gewählt ist.

Ende der Sitzung: 20:55 Uhr

Bürgermeister Horst Thiele
Vorsitzender

Roland Becker
Schriftführer/in